Duisburg, 25.06.2018

**DIE LINKE**. Ratsfraktion Duisburg, Gravelottestr. 28, 47053 Duisburg

**An**

**10 Büro OB**

Antrag an den Rat am 02.07.2018

**Flüchtlingskonferenz**

**Der Rat möge beschließen:**

Der Rat der Stadt Duisburg fordert das Kommunale Integrationszentrum (KI) auf, unverzüglich eine Flüchtlings- und Integrationskonferenz durchzuführen.

**Begründung:**

Die Anforderungen an die Arbeit mit geflüchteten Menschen bzw. mit zugewanderten Menschen haben sich in den vergangenen drei Jahren deutlich geändert. Handelte es sich in den Jahren 2015 und 2016 noch primär um eine Verhinderung von Obdachlosigkeit und die Versorgung der grundlegendsten Bedürfnisse der geflüchteten Menschen, geht es nun, auch vor dem Hintergrund der deutlich gesunkenen Flüchtlingszahlen, vielmehr um die Integration der Menschen vor Ort. Dies alles geschieht jedoch vor dem Hintergrund eines gesellschaftlichen Klimas, welches sich stark gewandelt hat. Rechtspopulistische und rassistische Bewegungen und Parteien haben mit ihrem aggressiven politischen Diskurs dazu beigetragen, dass geflüchtete Menschen oftmals nur noch als Problem gesehen werden und die realen Schicksale und Tragödien in einer zunehmend empathielosen Gesellschaft keine Rolle mehr zu spielen scheinen.

Da diese Entwicklungen jedoch nur für einen Teil der Gesellschaft zutrifft und nach wie vor sehr viele Menschen haupt- und ehrenamtlich in der Flüchtlings- und Integrationsarbeit aktiv sind, sollte die Stadt Duisburg eine Konferenz einberufen, um einen Erfahrungsaustausch zu gewährleisten und auf die neuen Anforderungen eingehen zu können. Probleme und Unterstützungsanforderungen sollen offen diskutiert werden können. Hauptbestandteile der Konferenz sollten Sprachförderung, die Wohnsituation, die Integration in KiTas, Schulen und Ausbildungsverhältnis und insbesondere die Integration der zugewanderten Menschen in den Arbeitsmarkt sein.

Die Zukunft der Stadt Duisburg hängt nicht zuletzt davon ab, ob es uns gelingt, das notwendige Personal bereitzustellen und die Akteure mit den entsprechenden Finanzmitteln auszustatten, damit die Integration in allen Teilbereichen erfolgreich gemeistert werden kann.

Teilnehmer der Konferenz sollten u.a. die Wohlfahrtsverbände, die Akteure des interreligiösen Dialogs in Duisburg, die unterschiedlichen Flüchtlingsinitiativen, die Gewerkschaften, das Jobcenter Duisburg sowie die Einzelpersonen, die sich in der Flüchtlingshilfe engagieren, sein.

Gez. Mirze Edis